

I.Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Heinrich**, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Die Beschlussfähigkeit liegt vor.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Heinrich bittet um 2 Ergänzungen der Fraktion DIE LINKE/PIRATEN zu TOP 4 – Behandlung Antrag „Tarifsituation im Kreiskrankenhaus Beeskow“ und dem Antrag „Entwicklung der Förderschule“. Sie weist darauf hin, dass der 2. Antrag im Bildungsausschuss beschlossen werden soll. Informationshalber wird er im Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration thematisiert.

Die geänderte Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2020

Das Protokoll der Sitzung vom 03.03.2020 findet keine Beanstandungen und gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Einrichtung eines ständigen Gesundheitsbeirates Vorlage: 5/DIE LINKE.PIRATEN/2020

Laut **Frau Heinrich** soll der Beirat 15 Mitglieder umfassen und jeweils besetzt sein mit Medizinern/Pflegekräften, Beschäftigten der Kreisverwaltung und Abgeordneten des Kreistages. Der Beirat soll kein beschlussfähiger Beirat sein sondern ein empfehlendes Organ, dass dem Kreistag in Gesundheitsfragen fachlich beiseite steht.

Fragen

Herr Dr. Mühlenberg ergänzt, dass diese Idee eigentlich aus dem Bedürfnis heraus entstanden ist, dass in Zeiten des Lockdowns sehr zentralistisch entschieden wird was hier in welcher Form an Sicherheiten notwendig ist und wie die umgesetzt werden sollen. So war die Überlegung gewesen, diese Aufgaben in weitere Hände, mit fachlicher Kompetenz, zu legen. Der Antrag ist seiner Meinung nach etwas kleiner/schmäler ausgefallen als ursprünglich geplant.

Einen ständigen Gesundheitsbeirat sieht **Frau Griesche** nicht für notwendig. Dringende Probleme sollten weiterhin im Ausschuss auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert werden, zumal dieser neue Beirat wieder mit Kosten verbunden ist.

Frau Zarling empfiehlt die Vertagung des Antrages zum Gesundheitsbeirat auf die nächste Sitzung. Der Landkreis Oder-Spree hat sich an dem GKV-Programm (Gesundheitsförderung und Prävention) beteiligt und den Zuschlag erhalten. Im Rahmen der Umsetzung des Programmes wird auch ein Gremium gebildet, das die Belange der Gesundheitsförderung und Prävention bearbeitet. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, sollte nicht zusätzlich ein Beirat gebildet werden. Die neu besetzte Stelle des Gesundheitskoordinators übernimmt die laut Förderprogramm erforderlichen Aufgaben. Fragen der Gesundheitsförderung werden auch weiterhin zur Vorbereitung einer Gesundheitskonferenz, welche Teil des Förderprogramms ist, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration besprochen. Frau Zarling möchte gerne in der nächsten Fachausschusssitzung das GKV-Programm ausführlich vorstellen und empfiehlt dann erst über den gestellten Antrag zu entscheiden.

Wichtige weitreichende Entscheidungen im Gesundheitswesen sollten nicht allein von der Verwaltung entschieden werden, so **Herr Storek**. Dafür sollte ein Gremium eröffnet werden, welches den Landrat unterstützt. Dies kann der Fachausschuss Soziales, Gesundheit und Migration sein.

Frau Buhrke sieht ebenso keine Notwendigkeit für einen ständigen Gesundheitsbeirat. In Bezug auf das Corona-Geschehen gibt sie zu bedenken, dass hier das Infektionsschutzgesetz umzusetzen ist. Der Landkreis Oder-Spree hat wenig Entscheidungsspielraum.

Standardisierte (regelmäßige) Tagesordnungspunkte wie z.B. „ Kreiskrankenhaus Beeskow“ oder „ Informationen zu medizinischem Fachpersonal im Landkreis Oder-Spree“ hält **Frau von Stünzer** für sinnvoller als einen zusätzlichen Beirat zu gründen. Auch das Gesundheitsamt sollte mehr in den Ausschuss einbezogen werden.

Frau Heinrich stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE/PIRATEN bis zur nächsten Sitzung zurück. Die Gesundheitskoordinatorin Frau Krüger soll in der nächsten Ausschusssitzung geladen werden und ihre Arbeit vorstellen.

zurückverwiesen

Zu TOP 5 Tarifsituation im Kreiskrankenhaus Beeskow Vorlage: 6/DIE LINKE.PIRATEN/2020

Der Landrat wird beauftragt, als Gesellschafter des Kreiskrankenhauses Beeskow die Tarifverhandlungen mit dem Ziel einer Rückkehr in den Tarif des öffentlichen Dienstes zum 01.01.2021 zu führen. Es ist eine Lösung anzustreben, die der Potsdamer Lösung für das Bergmann-Klinikum entspricht.

Im Rahmen der Gehaltsverhandlungen sind bereits Schritte unternommen worden, für die aber zeitlich kein Rahmen gesetzt wurde, so **Frau Heinrich**. Gerade jetzt in der Pandemie ist es wichtig, eine entsprechende Würdigung des Krankenhauspersonals vorzusehen. Es existiert eine Perspektive, was die Gehaltsverhandlungen betrifft, und die Rückkehr zum Tarif des öffentlichen Dienstes ist zwingend notwendig. Auch eine entsprechende Zielvorgabe sollte gegeben werden.

Fragen

Frau Buhrke erkundigt sich nach Informationen zu der Potsdamer Lösung. Sie möchte wissen, wie die Lösung im Detail aussieht.

Frau Heinrich sagt, dass das Bergmann-Klinikum wie das Kreiskrankenhaus Beeskow ein kommunales Krankenhaus ist. Auch dort existiert ein spezieller Tarifvertrag jenseits eines Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes. Durch dieses Konzept (Gehaltsangleichung) kann sich natürlich ergeben, dass eine kostendeckende Betreibung nicht möglich ist, was zur Folge hat, dass ein Zuschuss über die Kreiskasse erfolgen muss.

Frau Zarling erinnert an die vorangegangene Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration, in der sich Herr Buhrke bereits zu den Tarifverhandlungen geäußert hatte. Dieser Antrag gehört in den Ausschuss Haushalt, Finanzen/Beteiligungen und in die Gesellschafterversammlung des Kreiskrankenhauses Beeskow, in denen das Konzept vorgestellt wird und man dann eher Entscheidungen treffen kann.

Der Antrag ist zu unterstützen mit dem Hintergrund, dass ab diesem Jahr durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) die Pflege zu hundert Prozent durch die Kassen refinanziert wird. Das finanzielle Defizit könnte ja dann nur durch ärztliche Minderleistungen entstehen, nicht aber durch die Pflege, so Herr **Meise**. Die Budgetverhandlungen der Pflege sind laut Informationen von Herrn Buhrke im September dieses Jahres geplant, so dass die Tarifierhöhung bzw. die Angleichung an den Tarif des öffentlichen Dienstes realistisch ist.

Herr Storek erwartet, dass das Gesamtkonzept des Kreiskrankenhauses Beeskow im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration vorgestellt wird, wo alle Akteure die einzelnen Pläne vorstellen.

Das detaillierte Gesamtkonzept wird in der Gesellschafterversammlung vorgestellt, da dort u.a. auch betriebswirtschaftliche Daten vorgestellt werden, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, erläuterte **Frau Zarling**. In der Gesellschafterversammlung des Krankenhauses sind die Fraktionen des Kreistages vertreten.

Frau von Stünzer und **Frau Freninez** sprechen an, dass in diesem Ausschuss zu oberflächlich über die Situation des Kreiskrankenhauses Beeskow geredet wird. Sie wünschen sich genauere Informationen, um dann z.B. über solche Anträge abstimmen zu können.

Die Empfehlung zur Vorlage der Drucksache 6 beim Kreistag wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

Zu TOP 6 Entwicklung der Förderschule Vorlage: 7/DIE LINKE.PIRATEN/2020

Der Antrag zur Entwicklung der Förderschule soll laut **Frau Heinrich** durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen werden. Dieser soll zur Diskussion jeder einzelnen Fraktion vorgelegt werden und im nächsten Fachausschuss für Bildung, Kultur und Sport am 02. Juni 2020 behandelt werden.

zurückverwiesen

Zu TOP 7 Sachstandsbericht vom Gesundheitsamt zur Corona-Pandemie im Landkreis Oder-Spree

Herr Dr. Saldaña-Handreck, Amtsleiter des Gesundheitsamtes stellt den Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie im Landkreis Oder-Spree vor.
(Aufstellung Anlage 1 TOP 5).

Fragen

Herr Dr. Mühlenberg kritisiert, dass aus der Präsentation nicht ersichtlich ist, wieviel Bürger auf COVID-19 im Landkreis Oder-Spree getestet wurden und dass keine Tagesstatistiken geführt werden. Er fragt nach, was unter dem Begriff RKI- Genesung zu verstehen ist und wer gemäß RKI Definition erkrankt ist. Hr. Dr. Mühlenberg möchte Informationen darüber, wieviel Bürger aufgrund von Schnupfen auf Covid 19 und wieviel Bürger, laut der Auswertung, gerade in der Altersgruppe zwischen 51-60 getestet wurden. Insgesamt fordert er eine ausführlichere Statistik.

Herr Dr. Saldaña-Handreck bestätigt Herrn Dr. Mühlenberg seine Aussage, dass es sich in seiner Präsentation nicht um Statistiken handelt. Es handelt sich lediglich um eine Visualisierung von den Zahlen die dem Gesundheitsamt Landkreis Oder-Spree momentan vorliegen. Zu der Frage der Definition „Genesen“ antwortet **Herr Dr. Saldaña-Handreck**, wenn der erkrankte Mensch nach 14 Tagen symptomfrei ist und ggf. einen negativen Abstrich hat, spricht man von einer RKI-Genesung.

Herr Dr. Mühlenberg äußert, dass es nur wenig bestätigte Corona-Fälle im Landkreis Oder-Spree gab, aber Entscheidungen in Bezug auf Quarantäne/ Isolation getroffen werden, die die Bürger massiv in ihren Freiheitsrechten beschneiden.

Diese Aussagen von Herrn Dr. Mühlenberg kann **Herr Dr. Saldaña-Handreck** nicht nachvollziehen. Die Entscheidung, ob jemand in die häusliche Isolation kommt ist grundsätzlich immer eine Einzelfallentscheidung, welche nicht auf die Auswertung der Zahlen zurück zu führen ist sondern auf Handlungsempfehlung, an welche sich das Gesundheitsamt zu halten hat.

Frau Freninez fragt nach, warum die Kassenärztliche Vereinigung im Landkreis Oder-Spree festlegt, alle Testzentren bis auf eins im LOS zu schließen, obwohl der Bund mehr Bürger testen möchte. Sie möchte, dass der Landkreis Oder-Spree ein Signal gibt, dass wir mit den Schließungen der Testzentren nicht einverstanden sind. Welche Testzentren sollen im Landkreis bestehen bleiben, erfragt Frau Freninez.

Theoretisch besteht die Möglichkeit Testzentren in Landkreis Oder-Spree zu schließen, dies ist bisher noch nicht erfolgt, so **Herr Dr. Saldaña-Handreck**. Es bleibt das Testzentrum erhalten, welches die meisten Testungen durchgeführt hat. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das das Zentrum in Schöneiche. Aber genaueres kann vor dem 01. Juni 2020 nicht gesagt werden.

Ergänzend erwähnt **Frau Zarlning**, dass der Landkreis Oder-Spree ständig im telefonischen Kontakt mit dem Krisenstab des Landes Brandenburgs ist, wo auch die Kassenärztliche Vereinigung vertreten ist. Zu der Strategie des Landes Richtung Testung steht noch eine Antwort aus. Die Schließung der Testzentren ist darauf zurückzuführen, dass die Fallzahlen der erkrankten COVID 19 Patienten gesunken sind.

Herr Grätsch fragt nochmal nach, ob dem Gesundheitsamt bzw. dem Landkreis Oder-Spree keine Zahlen über die insgesamt durchgeführten COVID-19 Tests vorliegen.

Die Anzahl der Testungen z. B. aus Schöneiche könne im Internet auf der Homepage der Gemeinde eingesehen werden, informiert **Herr Dr. Saldaña-Handreck**.

Andere Testzentren haben das nicht so akribisch aufgeschrieben, so dass genaue Zahlen nicht dargestellt werden können. Dazu kommen noch Testungen in den Hausarztpraxen und Krankenhäusern. Jedoch wird jede positive Testung dem Gesundheitsamt nach dem Wohnortprinzip übermittelt. **Herr Dr. Saldaña-Handreck** wird die Gesamtzahl der positiv durchgeführten Testungen aus allen Testzentren, Hausarztpraxen und Krankenhäusern erfragen und dann dem Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration nachreichen.

Die Anzahl der negativen Testungen müssen von Arztpraxen und Krankenhäusern dem Gesundheitsamt nicht übermittelt werden, von daher wird die Auswertung nicht exakt sein.

Herr Storek regt an, alle Kinder, Lehrer und Erzieher vor Antritt der Schule oder der Kindertageseinrichtung auf COVID-19 zu testen. Personen, die negativ auf COVID-19 getestet werden, soll somit wieder ein normaler Schul- oder Kitaalltag gewährleistet werden.

Das bedeutet, man müsste diese Tests ständig durchführen, da sich das Ergebnis ja stündlich ändern kann, so **Frau von Stünzer**. Insofern ist dies nicht umsetzbar.

Herr Dr. Saldaña-Handreck stimmt Frau von Stünzers Aussage zu, dass dieses Testverfahren an Schulen und Kitas nicht umsetzbar ist. Deshalb werden keine Reihentestungen durchgeführt, welche dann zu einer falschen Sicherheit führen würden.

Frau Heinrich sagt, dass die eingeschränkte Betreuung in der Kita und im Hort erweitert werden soll. Die Eltern erwarten die Rückkehr zum Regelbetrieb aber die Träger der Kita- und Horteinrichtungen verweigern die Aufnahme der festgelegten Gruppen, mit dem Hinweis, dass sie nicht mal die berechtigten Notfallkinder aufnehmen können. Wie kann der Landkreis Oder-Spree die Kindertageseinrichtungen bzw. Horteinrichtungen unterstützen, dass die vom Land zugesicherte erweiterte Notfallbetreuung stattfinden kann.

Die Kindertageseinrichtungen können das nur schwer umsetzen. Es fängt bei dem Fachkräftemangel an und endet bei der Umsetzung des Rahmenhygieneplans des Ministeriums, welcher nur schwer umsetzbar ist, so **Herr Dr. Saldaña-Handreck**. Die Kitas benötigen mehr Personal, um den Anforderungen des Ministeriums gerecht zu werden.

Frau Zarling weist darauf hin, dass eine aktualisierte Allgemeinverfügung vom Landkreis Oder-Spree veröffentlicht wurde, welche die eingeschränkte Regelbetreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und dem Hort regelt. Trotzdem kann eine Betreuung aller Kinder in den Kitas und Horteinrichtungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen.

Auf welcher Basis ist die Gruppengröße in der Notfallbetreuung festgelegt worden, erfragt **Frau Heinrich** und es ergibt sich auch die Frage wieviel Infektionen aus den Einrichtungen der Notfallbetreuung in Kitas und Schulen entstanden sind.

Es gab vereinzelt kleinere Ausbrüche in Kindertageseinrichtungen, sagt **Herr Dr. Saldaña-Handreck**. Aber genaue Zahlen können nicht genannt werden.

Frau Freninez denkt, dass es aufgrund der eingeschränkten Kinderbetreuung bald eine Kündigungswelle geben wird. Es muss eine zeitnahe Unterstützung der Familien erreicht werden. Auch eine fehlende Übermittlung von Wissen an die Schulkinder durch den eingeschränkten Schulbetrieb wird weitreichende Konsequenzen für uns haben.

Warum kann in den Regionen, in denen die Fallzahlen gering sind, nicht der Normalbetrieb wieder zulassen werden, erfragt **Herr Grätsch**. Er fordert angemessene Maßnahmen bezogen auf die Fallzahlen.

Herr Dr. Saldaña-Handreck stellt dar, dass der Landkreis Oder-Spree viele Entscheidungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nur einen geringen Entscheidungsspielraum hat. Viele Vorgaben kommen von der Landesebene.

**Zu TOP 8 veränderte Arbeitsweisen des Dezernats I aufgrund
der Corona-Pandemie im Landkreis Oder-Spree**

Frau Zarling gibt die Reihenfolge der vorstelligen Ämter vor.

a) Sozialamt

Frau Lauke, Leiterin des Sozialamtes, stellt die Arbeitsweise des Sozialamtes ab dem 08. Mai 2020 vor.

(Aufstellung Anlage TOP 6-1).

Weiterführende Fragen werden nicht gestellt.

b) Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

Frau Kaiser, Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration gibt einen Überblick über die Arbeitsweise des Amtes während der Corona-Pandemie.

(Aufstellung Anlage TOP 6-2).

Weiterführende Fragen werden nicht gestellt.

c) Jobcenter

Im Anschluss nennt **Frau Zarling** die veränderte Arbeitsweise im Jobcenter aufgrund der Corona-Pandemie.

(Aufstellung Anlage TOP 6-3).

Weiterführende Fragen werden nicht gestellt.

**Zu TOP 9 Information vom Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration
zur Integrationspauschale 2019**

Herr Storek stellt einen Geschäftsordnungsantrag, welcher aussagt, dass der TOP 7 auf die nächste Ausschusssitzung verlegt wird.

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 10 Aktuelles aus der Verwaltung

Frau Heinrich fragt nach, ob jemand noch Fragen/ Anmerkungen zu dem letzten TOP - Aktuelles aus der Verwaltung hat.

Laut **Frau Zarling** gibt es keine aktuellen Meldungen aus der Verwaltung.

Rita-Sybille Heinrich

Vorsitzende des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit und
Migration

Andrea Malack-Prochnau

Schriftführerin